

# SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Januar 2022

Thomas Aeschi zur  
Legislatur-Halbzeit-  
bilanz der SVP

Seiten 8-9



Guy Parmelin: "So  
will ich unseren  
Wohstand fördern"

Seite 12



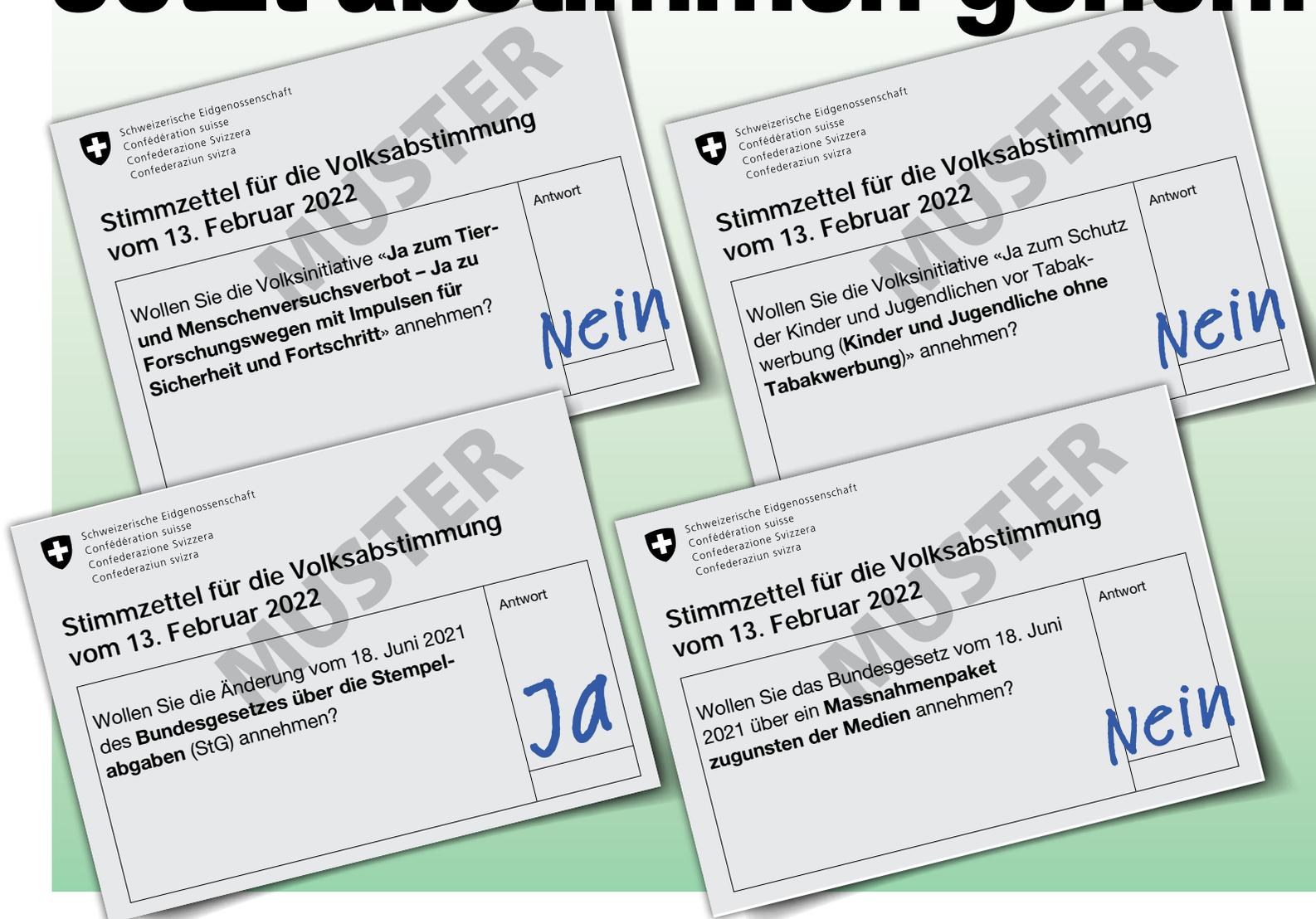
Bundesrat Ueli  
Maurer will die  
Schweiz stärken

Seite 15



## 1x JA, 3x NEIN für die Schweiz Jetzt abstimmen gehen!

Seiten 3-7



# Strom-Mangel: Bundesrat muss Katastrophe abwenden!

**Der Schweiz droht bereits 2024 der Strom auszugehen – dies mit katastrophalen Folgen für alle Menschen in unserem Land. Die SVP setzt sich für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Energieversorgung ein.**

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Auch führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft sind sich einig: Eine Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung für unser Land und wird bereits in zwei oder drei Jahren Realität.

Damit tritt die Katastrophe ein, vor der die SVP schon lange warnt. Eine Strommangellage hätte viel drastischere Folgen auf unser Land als die Corona-Krise, denn sie wird alle Menschen in der Schweiz hart treffen: **Strom ist eine Schlüsselenergie für die Schweiz und ohne Strom bricht das ganze Leben zusammen.** Nahrungsmittel und andere Produkte des täglichen Bedarfs werden knapp, die Gesundheitsversorgung und die Versorgung mit Geld sind nicht mehr gewährleistet, Heizen, Kochen, Duschen und vieles mehr wird nicht mehr oder nur massiv eingeschränkt möglich sein.

Was tut die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga? Nichts. Ja es gibt nicht einmal jemanden, der dafür verantwortlich ist, die Energieversorgung sicherzustellen. Bundesrätin Sommaruga konzentriert sich lieber Sie auf die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses als die Menschen in unserem Land vor dieser Katastrophe zu schützen.

Den Klimaschutz in Ehren, aber die Schweiz ist hier bereits Musterschülerin – seit 1990 haben wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoss pro Kopf um 35 % gesenkt! Die Pro-Kopf-Angabe ist deshalb so wichtig, weil die masslose Zuwanderung dazu

führt, dass die CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch das Bevölkerungswachstum wieder zunichte gemacht werden. Auch dieser Tatsache weigert sich Bundesrätin Sommaruga ins Auge zu sehen.

Um die absehbare Katastrophe abzuwenden, fordert die SVP vom Bundesrat:

- **unverzüglich einen Strom-General einzusetzen** und diesen damit zu beauftragen, bis im Sommer 2022 **Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung** auszuarbeiten.
- die **CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele** zugunsten einer sicheren inländischen Energieversorgung **aufzuschieben**.
- jene **Kantone und Städte in die Pflicht** zu nehmen, die eine **verantwortungslose Energie-Politik** betreiben. Konkret soll eine **Stromrationierung zuerst Kantone**

**wie Zürich und Basel-Stadt treffen**, die mit ihrer Energiepolitik beispielsweise dem Verbot von Ölheizungen das Eintreten einer Mangellage zusätzlich befeuern.

Die Delegierten der SVP Schweiz haben der Parteileitung an ihrer Versammlung in Reconvillier den Auftrag erteilt, alles für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Energieversorgung zu tun.

Zudem haben die Delegierten **die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar gefasst. Wir sagen JA zur Abschaffung der Stempelabgaben zur Sicherung unserer Arbeitsplätze, NEIN zu Steuermillionen für Staats-Medien, NEIN zur extremen Tabakwerbeverbotsinitiative und NEIN zur Tierversuchsverbots-Initiative**, die die Gesundheitsversorgung gefährdet. Sie finden weitere Informationen dazu auf den folgenden Seiten.

**Marco Chiesa**  
Ständerat und Präsident  
der SVP Schweiz



# Keine Abhängigkeiten schaffen: Nein zum Medienförderungspaket

Das Medienförderungspaket will die jährlichen Subventionen an die Medienunternehmen von heute 136 Mio. Franken auf neu 287 Mio. Franken erhöhen. Zudem gibt es eine Neuausrichtung: Künftig soll der Online-Bereich reguliert werden und man will zu einer direkten Medienförderung übergehen. Das ist Gift für die Demokratie und muss am 13. Februar an der Urne verhindert werden.



von Gregor Rutz  
Nationalrat  
Zollikon (ZH)

Dass die Medienunternehmen das «Massnahmenpaket» aus Bundesbern begrüßen, erstaunt nicht. Ein wahrer Geldregen steht in Aussicht. Doch nicht für die Medien, auch für die Steuerzahler sind die finanziellen Auswirkungen der Medienförderungsvorlage massiv:

- Im Postgesetz werden **die Beiträge für die Vergünstigung der Posttaxen** bei der Zustellung abonniertes Zeitungen, Zeitschriften sowie Mitgliedschafts- und Stiftungsorganen **von 50 auf 80 Mio. Franken erhöht**. Zudem sollen die **Früh- und Sonntagszustellung neu mit jährlich 40 Mio. Franken** staatlich subventioniert werden.
- Im Radio- und Fernsehgesetz sollen die **Abgabenanteile privater Radio- und TV-Stationen** von heute 4-6% auf neu 6-8% erhöht werden. Dies bedeutet eine **Erhöhung der jährlichen Beträge von 81 auf 109 Mio. Franken**. Zudem wird mehr Geld für allgemeine Massnahmen zur Medienförderung **«Die vorgesehenen Mediensubventionen stärken nicht die kleinen Betriebe in den Regionen: Der Grossteil der Mittel fliesst an die Grossverlage.»**
- Das neue Bundesgesetz zur **Förderung von Online-Medien** sieht jährliche Beiträge von **30 Mio. Franken** vor. Damit sollen Online-Portale mit Bezahlschranke oder Abo-Struktur unterstützt werden, welche gesetzlich vorgegebene Kriterien erfüllen.



Vom Staat finanzierte Medien verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Nur unabhängige Medien können den Staat kontrollieren. Nun aber will der Staat die Medien kontrollieren und sie gefügig machen. Dies wäre schädlich für unsere Demokratie. Denn wir wissen: «Wes Brot ich ess', des Lied ich sing».

Diese Geldflüsse sind gefährlich: Subventionen sind stets der Einstieg für staatliche Vorgaben. Der Streit des Bundesamts für Kommunikation mit den Lokalsendern TeleBärn und Tele Ostschweiz über den Inhalt ihrer Berichterstattungen spricht Bände. Sodann schaffen Subventionen finanzielle Abhängigkeiten. Wer die Vorgänge in Österreich mitverfolgt hat, weiss: Staatliche Geldflüsse stärken nicht die Unabhängigkeit, sondern bewirken das Gegenteil. Auch die Äusserungen von Ringier-CEO Marc Walder in Bezug auf die Berichterstattung zur Pandemie lassen Un gutes erahnen.

Die Behauptung, Subventionen stärkten die Unabhängigkeit, entstammt

einer linken, planwirtschaftlichen Sichtweise: Für die Linken sind jene Unternehmen unabhängig, die sich nicht um Werbeeinnahmen und Kundenzufriedenheit kümmern müssen, sondern dank staatlicher Geldmittel diesbezüglich «entlastet» sind. Demokratie und Marktwirtschaft leben vom Wettbewerb.

Die vorgesehenen Mediensubventionen stärken nicht die kleinen Betriebe in den Regionen: Der Grossteil der Mittel fliesst an die Grossverlage. Selbst Zeitungen wie der Tages-Anzeiger, der Blick oder die NZZ wären neu beitragsberechtigt.

Fazit: **Stimmen wir Nein am 13. Februar.** Lassen wir wirtschaftlichen Wettbewerb zu – im Wissen, dass dies gerade im Medienbereich auch die Grundlage für einen vielfältigen demokratischen Diskurs ist.

# Abstimmungsparolen der SVP Schweiz

Am 15. Januar fassten die Delegierten der SVP Schweiz in Reconvilier (BE) die **Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar**: Sie sagten mit 210 Ja zu einer Nein Stimme klar **JA zur Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgabe**. Die Abschaffung der Stempelabgabe entlastet KMU und Start-Up und trägt damit zur Sicherung unserer Arbeitsplätze sowie zu einem starken Werkplatz Schweiz bei.

Das **Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien** lehnen die Delegierten hingegen mit 204 Nein- zu 3 Ja-Stimmen ab. Von diesen Hunderten Millionen an Steuergeldern würden nicht kleine Lokal- und Regionalmedien, sondern vor allem reiche

Deutschschweizer Grossverlage wie Ringier oder Tx-Media (Tagesanzeiger) profitieren.

Die Delegierten fassten die Nein-Parole auch für die beiden extremen Volksinitiativen **«Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»** und **«Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»** – mit 208 Nein- zu 2



Insgesamt nahmen 220 Delegierte und 25 Gäste an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Reconvilier (BE) teil.

Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen; respektive mit 190 Nein- zu 11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

## 21. Nationaler SVP-Jasscup mit National- und Ständeräten der SVP

Samstag, 19. Februar 2022

09:45 – 16:00 Uhr, Türöffnung 9:00 Uhr in der Lintharena – Glarnerland

### Modus

Schieber mit zugelostem Partner.  
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

### Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten.

### Preise

Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

### Schätzwettbewerb:

1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

### Teilnahmegebühr

- Jassgebühr: Fr. 30.- ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 25.- Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

### Teilnehmer

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

### Anmeldung

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per E-Mail oder via Post **bis spätestens am 11. Februar 2022** anzumelden (Platzbeschränkung). Nach Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine schriftliche Teilnahmebestätigung.

### Organisation

SVP Glarus unter der Leitung von OK-Präsident, Landrat Thomas Tschudi (GL) und Nationalrätin Stefanie Heimgartner (AG).  
Turnierleiter: Fabian Cadonau.



✂

Ich melde mich für den 21. nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 19. Februar 2022 an:

Französische Karten  Deutschschweizer Karten  Egal

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_ PLZ / Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

**Anmeldung bis spätestens 11. Februar 2022 an:**

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58 – Mail: gs@svp.ch

**ACHTUNG:** Es gelten die sich zum Zeitpunkt des Anlasses in Kraft befindenden bundesrätlichen Covid-Schutzmassnahmen!

### IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, UDC Vaud, Goal AG, Parlamentsdienste 3003 Bern, iStock.com, Unsplash.com

# Ja zur Abschaffung der KMU-Steuer und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Am 13. Februar 2022 stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Die Gegnerinnen und Gegner sprechen von «Steuerbschiss» und von einem Geschenk an die Grosskonzerne. Dabei übersehen sie, dass die von der Emissionsabgabe betroffenen Unternehmen bis zu 90% KMU sind. Diese Steuer vermindert das Eigenkapital, das heisst die Substanz und die Autonomie der KMU und schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz.



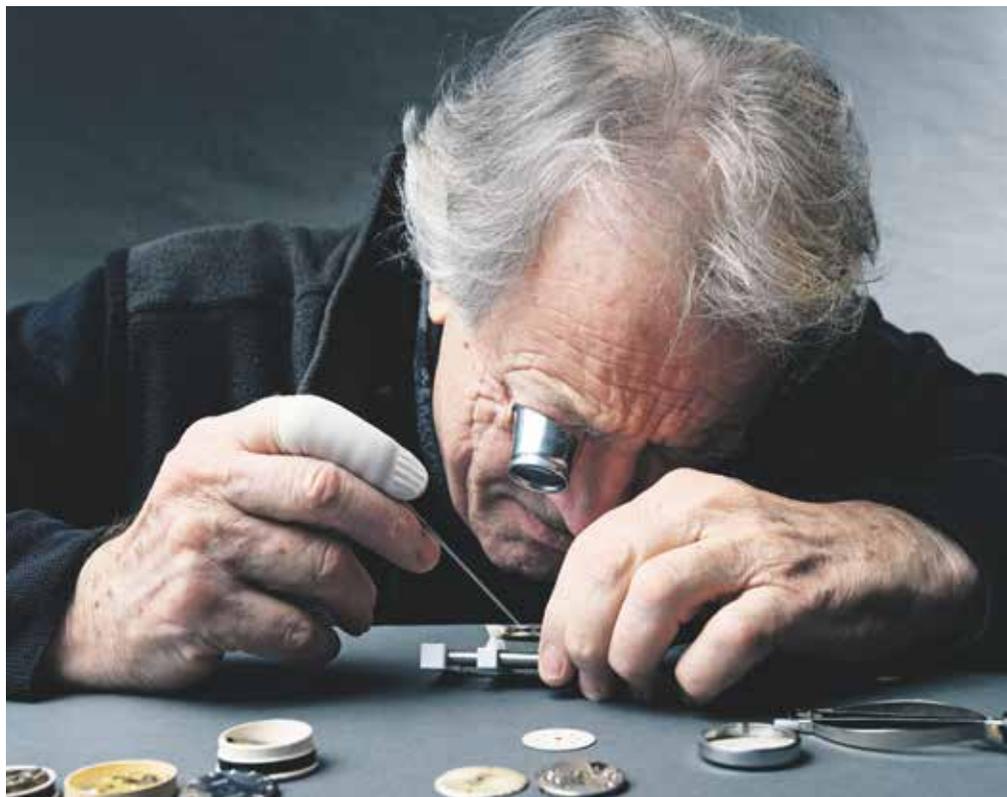
von Diana Gutjahr  
Nationalrätin  
Amriswil (TG)

Von der steuerlichen Entlastung der Unternehmen erhoffen sich Parlament und Bundesrat positive Impulse für die Volkswirtschaft. Es ist gerade nach der Corona-Krise wichtig, die Erholung der Unternehmen und insbesondere der KMU nicht zu gefährden. Wie die Zahlen zum Steueraufkommen zeigen, belastet die Emissionsabgabe die Firmen dann am stärksten, wenn die Wirtschaft in einer Rezession steckt und die Unternehmen, um zu überleben, auf neues Eigenkapital angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund erwartet die Eidgenössische Steuerverwaltung nach der Corona-Krise auch 2021 überdurchschnittliche Einnahmen. Solche Abgaben sind also volkswirtschaftlich absurd. Firmen sollten Steuern zahlen, wenn sie Gewinne machen, nicht wenn sie in der Krise stecken.

In der derzeitigen Situation respektive nach der Krise müssen die Eigenkapitalpolster etlicher Unternehmen wieder aufgebaut werden. Eigenbeiträge privater Investoren sind dabei aus Sicht des Staates wie auch der Steuerzahler die ideale Lösung. Private Finanzierungen belasten die öffentlichen Finanzen nicht und führen deshalb zu keinem Schuldenberg – anders als staatliche Stützungsbeiträge.

## Arbeitsplätze sichern – Standort Schweiz stärken

Gute Rahmenbedingungen sind essenziell, um Arbeitsplätze zu sichern



Arbeitsplätze zu erhalten und aufzuwerten ist eine absolute Priorität für die SVP. Deshalb muss die für KMU schädliche Stempelsteuer abgeschafft werden.

und positive Signale an Investoren zu senden. Sind die Steuern zu hoch, wandert das Investorenkapital für die Ar-

beitsplatzschaffung und -erhaltung ins Ausland ab.

Der internationale Standortwettbewerb wird zusehends härter. Dies insbesondere auch im Hinblick auf den derzeit diskutierten Mindeststeuersatz für international tätige Unternehmen. Die Schweiz muss sich nun auf den Abbau von fiskalischen Standortnachteilen, wie die Emissionsabgabe konzentrieren wo sie von internationalen Vorgaben unabhängig ist.

## Innovation ermöglichen

Dass innovative Start-Ups und Jungunternehmen wachsen können, ist im Interesse der Schweiz, um von neuen Ideen zu profitieren. Dafür sind sie gerade in der Aufbauphase stark auf Kapital angewiesen. Start-ups müssen mit der Emissionsabgabe Geld bezahlen, bevor sie meist auch nur einen Franken Gewinn erzielt haben.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen führt am 13. Februar ein klares JA zur Abschaffung der KMU-Steuer zu

einer dringend notwendigen Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts Schweiz.

# Die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative gefährdet unsere Gesundheit

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein vollumfängliches Verbot von Tierversuchen und von Forschung am Menschen. Auch Einfuhr und Handel sämtlicher Produkte, die unter Anwendung von Tier- oder Menschenversuchen entwickelt wurden, sollen verboten werden – mit fatalen Folgen für unsere Gesundheitsversorgung.



von Martin Haab  
Nationalrat  
Meitmenstetten (ZH)

Wird diese extreme Initiative am 13. Februar angenommen, dann ist mit weitreichenden negativen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung

sorgung mit lebenswichtigen Medikamenten und schliesst Patientinnen und Patienten vom medizinischen Fortschritt aus. Die Folge wäre eine Zweiklassenmedizin. Die Initiative wäre zudem mit verschiedenen internationalen Verpflichtungen nicht vereinbar und würde zu einem massiven Kontrollapparat führen.

In den letzten 40 Jahren wurden die Anzahl Tierversuche um

oder sogar auf simulationsbasierte Untersuchungen (in silico) ausgewichen. Und: Im Zentrum stehen hierbei Prinzipien zur kontinuierlichen Minimierung der Tierversuche am lebenden Tier.

## Initiative schadet der Landwirtschaft

Tierversuche werden in Schweiz (SG) kategorisiert, nur gerade 3% aller Versuche sind mit schweren Belastungen für das Tier verbunden. Die Schweiz verfügt über das strikteste Tierschutzgesetz der Welt, das auch für die Haltung von Versuchstieren gilt. Tierversuche müssen von einer Tierversuchskommission bewilligt werden, der auch Vertreter der Tierschutzorganisationen angehören. Auch der Landwirtschaft und der Tiermedizin schadet die extreme Initiative. Denn gewisse Ausbildungsschritte, etwa die Klauenpflege will die Initiative ebenfalls verbieten.

Was unter Menschenversuchen zu verstehen ist, lässt die Initiative offen. Je nach Auslegung wäre jegliche Forschung am Menschen verboten – dies nicht nur in der Medizin, sondern beispielsweise auch in der Psychologie, Soziologie und Sportwissenschaft. Es wäre nicht länger zulässig, ein Forschungsvorhaben mit erwachsenen, urteilsfähigen Personen durchzuführen, die sich aus wissenschaftlichem Interesse oder aus solidarischen Überlegungen daran beteiligen wollen.

Aus all diesen Gründen empfehlen der Bundesrat, das Parlament und mit ihnen die SVP am 13. Februar ein wuchtiges Nein.



Die Initiative schadet nicht nur der Gesundheit von Menschen, sondern auch der von Tieren. Der Rahmen, in dem in der Schweiz Experimente durchgeführt werden, entspricht der Ethik und dem Wohlergehen von Menschen und Tieren. Im Parlament stimmte keine einzige Partei der Vorlage zu.

der Schweiz, ihre Forschung und ihre Hochschulen zu rechnen. Die Initiative setzt die Gesundheit der Schweizer Bevölkerung in verantwortungsloser Weise aufs Spiel. Sie gefährdet die Ver-

70% gesenkt. Schon heute sind Forschung und Wissenschaft verpflichtet, möglichst auf den Tierversuch (in vivo) zu verzichten. Dabei wird auf Alternativen mittels Zellkulturen (in vitro)

# Nein zur Werbeverbots-Initiative

Am 13. Februar 2022 entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung». In der Praxis kommt die Vorlage einem totalen Werbeverbot für Tabak- und Alternativprodukte gleich, trotz eines griffigen Gegenvorschlags. Das geht zu weit. Denn Tatsache ist: Viele Produkte können die Volksgesundheit gefährden. Deswegen aber absolute Werbeverbote zu fordern, ist der falsche Ansatz.



von Mike Egger  
Nationalrat  
Berneck (SG)

Die links-grüne Bevormundungspolitik hat Werbeverbote zum Allerheilmittel erkoren. Auch die Köpfe hinter der Initiative mit dem reissenden Titel «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» sind dem gefährlichen Trugschuss erlegen: Sie glauben, gesellschaftlich «unerwünschtes» Verhalten wie Tabakkonsum mit Werbeverböten verhindern zu können. Dabei verkennen sie, dass kaum jemand wegen der Werbung mit dem Rauchen beginnt. Die ausschlaggebenden Faktoren dafür sind viel mehr Neugier, Gruppendruck und das persönliche Umfeld. Das zeigt auch der Blick

in unsere Nachbarländer. So ist die Raucherquote sowohl in Italien als auch in Frankreich höher als in der Schweiz. Und das, obwohl die beiden Länder seit Jahren strikte Werbeverbote für Tabakprodukte kennen.

## Wehret den Anfängen

Es gehört zur fundamentalen Wirtschafts- und Gewerbefreiheit, dass legale Produkte beworben werden dürfen. Ein extremes Werbeverbot für Tabak- und Alternativprodukte, wie es diese Initiative vorsieht, öffnet Tür und Tor für weitere Eingriffe in die Marktwirtschaft und in die persönliche Freiheit der Schweizerinnen und Schweizer. Kommt das Werbeverbot für Tabak- und Alternativprodukte an der Urne durch, sind weitere Werbeverbote nicht weit. Entsprechende Vorstösse befinden sich be-

gehen von schwachen Bürgerinnen und Bürgern aus, die keine Verantwortung für ihren Konsum übernehmen können. Die Freiheit wird mit Füßen getreten. So manches Verhalten mag aus gesellschaftlicher, ökologischer oder gesundheitlicher Sicht unerwünscht sein. Dann aber einfach absolute Werbeverbote zu fordern, ist der falsche Ansatz.

## Neues Tabakproduktegesetz für wirkungsvollen Jugendschutz

Im Gegensatz zur Werbeverbots-Initiative, stellt das neue Tabakproduktegesetz ein profundes Mittel dar, um dem Jugendschutz bei Tabak angemessene Rechnung zu tragen. Es ist der indirekte Gegenvorschlag zur extremen Initiative und enthält zielgerichtete Bestimmungen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen, insbesondere ein **Verkaufsverbot für unter 18-jährige**. Ferner beinhaltet es sinnvolle Werbe- und Sponsoringvorschriften



Das Parlament hat ein neues Gesetz über Tabakprodukte verabschiedet, das Minderjährige wirksam vor Werbung für Tabakprodukte schützt. Die Initiative der Linken ist überflüssig und gefährlich.

reits jetzt zuhauf in der Pipeline. So wurden bereits Forderungen laut, Werbung für Fleisch, Alkohol, Süßigkeiten, fettthaltige Lebensmittel, Flugreisen oder Autos einzuschränken. Es droht eine totale Bevormundung. Extreme Werbeverbote

(**Verbot von Plakatwerbung, Verbot von Sponsoring bei Veranstaltungen mit internationalem Charakter etc.**). Das ist viel zielführender, als einfach ein totales Werbeverbot in die Verfassung zu schreiben.

# Für eine sichere Zukunft

**Der jahrelange Druck der SVP hat gewirkt: Am 26. Mai 2021 brach der Bundesrat die Verhandlungen über das Institutionelle Abkommen Schweiz-EU ab. Doch die EU stellt schon wieder neue Forderungen an die Schweiz. So bleibt die Bewahrung der Souveränität und Unabhängigkeit und damit der Freiheit der Schweiz auch in der zweiten Legislaturhälfte die Kernaufgabe der SVP.**



von Thomas Aeschi  
Nationalrat und  
SVP-Fraktionspräsident  
Baar (ZG)

In der ersten Hälfte der 51. Legislatur 2019-2023 erzielte die SVP wichtige Erfolge im Parlament und an der Urne. So hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 entschieden, das **institutionelle Abkommen Schweiz-EU nicht zu unterzeichnen** und die Verhandlungen mit der EU abzubrechen. Weiter wurde am 13. Juni 2021 das **CO2-Gesetz** abgelehnt. Auch die **beiden extremen Agrar-Initiativen** konnten dank dem Einsatz der SVP **bachab geschickt** werden. Einen weiteren grossen Erfolg beim Stimmvolk erzielte die SVP gegen den Widerstand aller anderen Parteien mit dem **Ja zum Verhüllungsverbot**. Damit setzten die Schweizer ein starkes Zeichen gegen den politischen Islam. Und schliesslich konnte die SVP erreichen, dass das Parlament den **UNO-Migrationspakt sistiert**. Dieser würde die Schweizer Selbstbestimmung über ihre Ausländer- und Zuwanderungspolitik massivst beschneiden.

Auch in der zweiten Hälfte der Legislatur ist die SVP gefordert. Die Kernaufgabe der SVP bleibt die **Bewahrung der Souveränität und Unabhängigkeit und damit der Freiheit der Schweiz**. Die erneuten Forderungen der EU nach automatischer Übernahme von EU-Recht, Streitschlichtung durch den EU-Gerichtshof, Übernahme der EU-Staatsbeihilfenreglung und regelmässiger Kohäsionsbeiträge in der Höhe des EWR-

Mitglieds Norwegen wird die SVP weiterhin vehement bekämpfen.

Obwohl Volk und Stände vor knapp acht Jahren beschlossen haben, die Zuwanderung durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente zu steuern, wurde dieser Verfassungsauftrag noch immer nicht umgesetzt. In den letzten acht Jahren sind erneut über 438'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht mehr als der Einwohnerzahl der Stadt Zürich. Ohne Gegenmassnahmen leben in der Schweiz im Jahr 2035 mehr als 10 Millionen Menschen (1990: 6.7 Millionen Einwohner). Die SVP kämpft vehement dafür, damit die **Zuwanderung von Ausländern wie vom Volk beschlossen eigenständig gesteuert** wird.

Heute leben ca. 530 Millionen Menschen in Europa - in Afrika sind es 1,25 Milliarden. Während die Geburten-

rate in Europa eher rückläufig ist, wird die Bevölkerung Afrikas bis 2050 auf 2,5 Milliarden Afrikaner anschwellen. Dieses Entwicklungsungleichgewicht wird zu viel stärkeren Migrationsbewegungen als heute führen. Das Schweizer Durchschnittseinkommen beträgt 78'000 Franken, jenes der EU liegt bei ca. 24'000 Euro und jenes in Afrika bei ca. 2'000 Dollar. Solche Einkommensunterschiede sind in der globalisierten Welt ein starker Anreiz auszuwandern. Die SVP fordert deshalb ein **Umdenken in der Asylpolitik**, damit **Wirtschaftsmigranten, die über mehrere sichere Drittstaaten in unser Land einreisen, kein Asyl mehr gewährt wird**. Zudem fordert die SVP, dass zukünftig **das Volk über die Aufnahme von sog. «Kontingentsflüchtlingen» entscheidet**.

Eine Strom-Mangellage ist eine grosse Bedrohung für die Schweiz und könnte gemäss Bund bereits in zwei bis



**Am 26. Mai 2021 beendete SVP-Bundespräsident Guy Parmelin in Brüssel die Verhandlungen zum Rahmenabkommen, mit dem die Schweiz EU-Recht unterstellt worden wäre. Dennoch heisst es wachsam bleiben. Deshalb entzündete die SVP Schweiz im Juni 2021 in Morschach (SZ) und in allen anderen Kantonen Mahnfeyer.**

# in Freiheit!

## Erfolge der SVP für die Schweiz



-  **Freie und unabhängige Schweiz (vorerst) gesichert:** Am 26. Mai 2021 bricht der Bundesrat, wie von der SVP seit Jahren gefordert, die Verhandlungen über das institutionelle Abkommen Schweiz-EU ab.
-  **Meilenstein zur Verhinderung einer 10-Millionen-Schweiz durch die eigenständige Steuerung der Zuwanderung:** Sistierung des schädlichen UNO-Migrationspakts, der eine weltweite Personenfreizügigkeit zur Folge hätte.
-  **Entlastung des Mittelstandes, der KMU und der Bürger:** Steuern (z.B. Stempelsteuer) konnten abgebaut und die Einführung neuer Abgaben (z.B. Flugticketabgaben) verhindert werden.
-  **Sicherung der Altersvorsorge:** Unter der Führung der SVP stabilisiert ein bürgerlicher Kompromiss die erste und zweite Säule.
-  **Kampf gegen die willkürliche und unverhältnismässige Corona-Politik:** Dank des Einsatzes der SVP konnten Gesundheitsvorsteher Alain Berset und die Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrates nicht noch autoritärer schalten und walten wie ihnen beliebt.
-  **SVP bringt Licht in die Dunkelkammer Ständerat:** Ab 2022 werden alle Abstimmungen im Ständerat wie im Nationalrat mittels einer Namensliste veröffentlicht.

## Wie die anderen Parteien der Schweiz schaden



-  Der **Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm auf die sexuelle Orientierung** stimmte das Volk am 9. Februar 2020 zu. Zur **«Überbrückungsrente»** sagte das Parlament am 19. Juni 2020 Ja, statt dass es das Problem der ungebremsten Zuwanderung lösen würde.
-  **Mehr als 11 Milliarden Franken für die internationale Zusammenarbeit bis 2024** beschloss das Parlament am 21. September 2020 auszugeben.
-  Die **SVP-Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»** wurde am 27. September 2020 vom Volk abgelehnt.
-  Das **Jagdgesetz** lehnte das Volk am gleichen Datum ab. Der **zweiwöchige Vaterschaftsurlaub** wurde vom Volk am gleichen Datum angenommen.
-  Die **Erhöhung des Kontingents für Drittstaatsangehörige** beschloss der Nationalrat am 4. Mai 2021, womit noch mehr Menschen von ausserhalb der EU in die Schweiz einwandern würden.
-  Der **Ehe für alle und Samenspende für lesbische Paare** stimmte das Volk am 26. September 2021 zu.
-  Die **«Pflegeinitiative»**, mit der die Gewerkschaften einen nationalen Gesamtarbeitsvertrag inkl. nationalem Mindestlohn, einheitlicher Arbeitsbedingungen und Frühpensionierung forderten, wurde am 28. November 2021 vom Volk angenommen.
-  Zum **Covid-19-Gesetz** sagte die Stimmbevölkerung sowohl am 13. Juni 2021 als auch am 28. November 2021 Ja.

drei Jahren Realität werden. Um drohende Energiekrisen zu verhindern, fordert die SVP, dass das **oberste Ziel die Versorgungssicherheit** und damit die **Erhöhung der inländischen Stromproduktion** ist: Die Schweiz darf sich nicht auf Importe verlassen, denn die EU wird bei Mangellagen den Export einschränken («EU first»). Weiter ist der Fokus auf die **Wasser- und Kernkraft** als verlässliche Grundpfeiler der Schweizer Stromversorgung zu legen und die **Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke sind zu verlängern**.

Die **bewaffnete Neutralität der Schweiz**, zurückgehend auf die Schlacht

bei Marignano (1515), den Westfälischen Frieden (1648) und den Wiener Kongress (1815), gilt es gerade bei den gegenwärtigen geopolitischen Umwälzungen um jeden Preis zu erhalten. So **lehnt die SVP eine Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat** in den Jahren 2023/24 entschieden **ab**. Und um den Schutz der Zivilbevölkerung vor Gefahren aus der Luft zu garantieren, braucht es zwingend ein **Nein zur GSoA-Initiative «Stopp F-35»**.

Der **Föderalismus** und die **direkte Demokratie** müssen unbedingt

geschützt werden. Immer mehr Kompetenzen werden den Kantonen und Gemeinden weggenommen und in Bundesbern oder sogar bei internationalen Organisationen zentralisiert.

Gleichzeitig werden Volksentscheide nicht mehr ernst genommen, wie die Nichtumsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Masseneinwanderungsinitiative (Art. 121a der Bundesverfassung) gezeigt hat. Die **SVP wehrt sich gegen die weit verbreiteten Zentralisierungstendenzen** und setzt sich **für die Verteidigung unserer Volksrechte** ein.



# Keine Steuer- milliarden für Medien- millionäre

**MEDIENGESETZ**  
**NEIN**  
AM 13. FEBRUAR

Der Bund will die reichen Verleger neu jährlich mit 178 Millionen Franken subventionieren und damit von der Politik abhängig machen. Das ist Gift für die Demokratie. Darum: Sagen Sie am 13. Februar «Nein» zur unnötigen und schädlichen Staatsfinanzierung der Medien.

[medien-massnahmenpaket-nein.ch](http://medien-massnahmenpaket-nein.ch)

# Energiestrategie 2050 ist gescheitert, es braucht einen Krisen-General

Die Energiestrategie 2050 ist offensichtlich gescheitert – sie ist ein pseudo-ökologischer Blindflug mit üblen Folgen für Wirtschaft und Bevölkerung. Ohne rasche und massive Kurskorrektur wird das schlimmste Risiko für die Schweiz – eine Strommangellage – bald Realität. Ausserdem werden wir zunehmend von den europäischen Nachbarländern abhängig und damit durch die EU erpressbar. Die Politik muss endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und die Versorgungssicherheit als oberste Priorität der Schweizer Energiepolitik gewährleisten.



von Christian Imark  
Nationalrat  
Fehren (SO)

Bei der Volksabstimmung über die Energiestrategie von 2017 wurden der Bevölkerung durch den Bundesrat geschönte Zahlen sowie völlig unrealistische An-

nahmen präsentiert. Die Strategie sei sicher, sauber und schweizerisch. Der Atomausstieg sei mit Mehrkosten von 40 Franken pro Haushalt zu realisieren und es sei jederzeit genügend Strom aus erneuerbaren Energien vorhanden.

die Effizienzziele kritisierte die SVP schon damals, wie auch die Notwendigkeit von Gaskraftwerken mit entsprechendem CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Es war absehbar, dass die Abhängigkeit der Schweiz von Energie aus dem Ausland keinesfalls kleiner werden würde.

Ausserdem hat die Bevölkerung der Schweiz seit 1990 um fast 2 Millionen Menschen zugenommen, was einen erhöhten Bedarf an Energie zur Folge hat und die CO<sub>2</sub>-Reduktionsleistungen der Schweiz mehr als halbiert. Auch diese Tatsachen leugnet die links-grüne Politik bis heute.

Siebtel der Sommer-Leistung. Das Risiko von Strommangellagen und Blackouts mit Milliarden Kostenfolgen für Wirtschaft und Gesellschaft wird immer realer.

Ohne rasche und massive Kurskorrektur begibt sich die Schweiz durch den ansteigenden Stromimport auch politisch in die direkte Abhängigkeit von den europäischen Nachbarländern, obschon diese selbst nicht mehr zu jeder Zeit ausreichend Strom zur Verfügung haben. Dadurch wird die Schweiz durch die EU erpressbar.

**Fazit: Die links-grüne Politik verringert das inländische Stromangebot, verhindert echte Alternativen zur Kernkraft und baut gleichzeitig die Stromnachfrage aus.**



**Die von links-grünen Ideologen entwickelte Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Eine Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung für unser Land - mit katastrophalen Folgen für alle Menschen in der Schweiz. Der Bundesrat muss jetzt handeln!**

nahmen präsentiert. Die Strategie sei sicher, sauber und schweizerisch. Der Atomausstieg sei mit Mehrkosten von 40 Franken pro Haushalt zu realisieren und es sei jederzeit genügend Strom aus erneuerbaren Energien vorhanden.

Nur die SVP warnte vor deutlich höheren Kosten. Auch die Gefährdung der Stromversorgung sowie die unrealistischen Zubau-Ziele für Erneuerbare und

gnostiziert. Die EMPA geht von einer Stromlücke von rund 40 Terawattstunden (TWh) aus, Prognosen anderer Studien liegen noch deutlich höher. Diese Lücke kann mit der eingeschlagenen Politik nicht geschlossen werden. Schon darum nicht, weil fluktuierende Energieträger zum falschen Zeitpunkt produzieren. Ausgerechnet im Winterhalbjahr, wenn die Wärmepumpen deutlich mehr Strom fressen, bringt Photovoltaik nur einen

## Blackout-Risiko und Erpressbarkeit steigen

Bereits zeigt sich, dass die Befürchtungen der SVP in jedem Punkt wahr werden und dies sogar noch schneller als pro-

## Darum fordert die SVP:

- unverzüglich einen Krisen-General einzusetzen mit dem Auftrag, bis im Sommer 2022 Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung auszuarbeiten;
- die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele zugunsten einer sicheren inländischen Energieversorgung aufzuschieben;
- jene Kantone und Städte in die Pflicht zu nehmen, die mit ihrer verantwortungslosen Energiepolitik die Versorgungssicherheit gefährden.

# So will ich 2022 den Wohlstand in unserem Land fördern

Damit Unternehmen prosperieren und attraktive Arbeitsplätze schaffen können, sollten sie nicht durch kostspielige Regulierungen behindert werden. Auch Bildung, Forschung und Innovation tragen zum Wohlstand der Schweiz bei.



von Guy Parmelin  
Bundesrat  
Bursins (VD)

Ende des letzten Jahres ist mein Präsidialjahr zu Ende gegangen. Es war ein intensives und bewegendes Jahr. Nun stehen für 2022 die Aufgaben in meinem Departement wieder im Zentrum. Zu allererst geht es mir dabei um die Stärkung der Wirtschaft, insbesondere der KMU – und damit auch um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In den folgenden Bereichen will ich in diesem Jahr Schwerpunkte setzen:

- Ich werde dem Bundesrat eine Gesamtschau zur Stärkung des

Wirtschaftsstandorts Schweiz vorlegen – **dies auch in Umsetzung der gleichlautenden Motionen der SVP-Fraktion und von Ständerat Hannes Germann.** Ziel ist es – auch mit Blick auf die Zeit nach der Covid-Krise – eine Bestandesaufnahme vorzunehmen und weiteren Optimierungsbedarf auszumachen.

- Die **unternehmerische Tätigkeit** will ich mit zwei Vorlagen **fördern**: Erstens will der Bundesrat **mit dem Unternehmens-Entlastungsgesetz** bestehende Regulierungen und neue Vorlagen konsequent auf ihr Entlastungspotenzial prüfen und Digitalisierungsvorteile bei Behördengängen besser ausschöpfen. Zweitens sollen Regulierungen, die für Unternehmen kostspielig sind, erhöhte Ansprüche erfüllen müssen: Die **Regulierungs-**

**bremse** verlangt für entsprechende parlamentarische Entscheide ein qualifiziertes Mehr.

- Dutzende von **Freihandelsabkommen** mit 43 Partnern ausserhalb der EU/EFTA **sichern der Schweizer Wirtschaft einen bevorzugten Marktzugang.** Dieses Netz möchte ich auch 2022 gezielt ausbauen und modernisieren. Gleichzeitig sollen unsere Unternehmen die Freihandelsabkommen einfacher und besser nutzen können.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel kann mit gut ausgebildeten Berufsleuten begegnet werden. Deshalb will ich die **Berufslehre und die höhere Berufsbildung stärken.** Ebenso müssen wir unseren weltweiten Spitzenplatz in Bildung, Forschung und Innovation sichern, indem wir unter anderem die internationalen Kooperationen stärken – auch über die europäischen Netzwerke hinaus, wie jüngst etwa mit den USA.
- Schliesslich will ich die **Landwirtschaftspolitik** auf eine langfristige und tragfähige Basis stellen. Dabei ist mir **eine starke einheimische Produktion** wichtig – ebenso wie die Förderung der Innovationskraft, des Know-hows und der Wertschöpfung unserer Bauern. Zudem soll die Landwirtschaft auf dem Weg zu einer nachhaltigen Produktion optimal unterstützt werden.



Learning Rolex Center auf dem Campus der EPFL-UNIL in Lausanne fördert die Innovation. Im Jahr 2022 wird die Schweiz mehr denn je darauf angewiesen sein, gute Rahmenbedingungen zu erhalten und neue zu schaffen.

Das sind nur ein paar Stossrichtungen, mit denen ich den Wohlstand in unserem Land fördern will. Die Arbeit geht mir sicherlich nicht aus. Ich bin dankbar, wenn ich dabei weiterhin auf die grosse Unterstützung aus der gesamten SVP zählen kann.

# Schweiz stärken – Wohlstand sichern – Strafsteuer auf Investitionen abschaffen

Am 13. Februar 2022 stimmen wir über die «Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben» ab. Was technisch tönt, geht uns alle an. Es geht um nichts Geringeres als unseren Wohlstand.



von Ueli Maurer  
Bundesrat  
Wernetshausen (ZH)

Wir müssen immer wieder kritisch über die Bücher gehen und uns fragen, was wir verbessern können. Denn andere holen auf. Der internationale Wettbewerb wird härter, die Globalisierung verschärft die Konkurrenz. Unternehmen bringen ihr Geld dorthin, wo sie die besten Rahmenbedingun-

Voraussetzungen finden. Und nur dort wo investiert wird, gibt es gut bezahlte Arbeit, nur dort sprudeln die Steuereinnahmen.

## Von einem Ja profitieren wir alle

Darum wollen wir die Stempelabgabe auf die Ausgabe von Wertpapieren, wie beispielsweise Aktien oder Genossenschaftsanteile, abschaffen. Denn diese Steuer ist letztlich so etwas wie eine Investitionsstrafsteuer: Wer ein Unternehmen gründet oder das Kapital erhöht, muss dem Staat zuerst einmal Geld abgeben, bevor er überhaupt etwas verdienen kann – ein Prozent der Summe der ausgegebenen Wertpapiere verlangt bei uns der Fiskus für sich, während andere Länder überall auf der Welt Investoren mit grosszügigen Konditionen umwerben und anlocken.

Warum ist die Schweiz eines der reichsten Länder der Welt? Und das ohne Bodenschätze, ohne Meerzugang, dafür mit schwieriger Topographie? Weil wir unserem Land eine Ordnung gaben, in der sich Menschen und Unternehmen frei entfalten können. Arbeit zahlt sich aus. Gute Ideen zahlen sich aus. Investitionen zahlen sich aus. Es ist attraktiv, in der Schweiz Unternehmen zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Davon leben wir letztlich alle – auch jene, die gerne auf die Wirtschaft schimpfen sollten daran denken, dass wir unseren Staat mit all seinen vielen Leistungen nur dank starken, florierenden Unternehmen finanzieren können.

## Erfolg ist kein Selbstläufer

Wir stehen als Land und Volkswirtschaft gut da, aber wir erliegen einem gefährlichen Trugschluss, wenn wir glauben, das gehe automatisch einfach so weiter. Erfolg verführt oft dazu, dass man sich auf den Lorbeeren ausruht. Vor dieser Selbstgefälligkeit sollten wir uns hüten.



Stärkung der Schweiz, Stärkung des Wohlstands aller Menschen in der Schweiz, insbesondere der Familien: Dies ist die politische Linie von Bundesrat Ueli Maurer. Aus diesem Grund ruft die SVP dazu auf, am 13. Februar JA zur Abschaffung der Stempelabgabe zu stimmen.

gen haben. Innovative Köpfe gründen ihre Start-Ups dort, wo sie die besten

unser Land im globalen Wettbewerb. Davon profitieren wir alle!

**Gewerbe stärken.  
Arbeitsplätze sichern.**



**JA** 13. Februar

**Änderung  
Stempelabgaben-Gesetz**



# Es ist Zeit für eine Ausstiegsstrategie

**Mit Corona muss in Zukunft wie mit anderen Krankheiten umgegangen werden. Die Risikogruppen sind mit den bekannten einfachen Massnahmen, wie Abstand und Hände waschen, zu schützen. Vor allem aber muss der Staat für genügend Impfstoff, Medikamente und Intensivplätze in den Spitälern besorgt sein.**



von Albert Rösti  
Nationalrat  
Uetendorf (BE)

Nach fast zwei Jahren Pandemie ist es Zeit, sich über eine Ausstiegsstrategie aus der besonderen Lage zu einigen. Corona wird wohl in nächster Zeit kaum einfach verschwinden. Eine Ausstiegsstrategie ist möglich mit allgemeinen Schutzmassnahmen und ausreichend Reserven in den Bereichen Impfstoff, Medikamente und Intensivplätze.

## Allgemeine Massnahmen

Die allgemeinen Schutzmassnahmen wie Abstand halten, Hände waschen oder gegenüber Risikogruppen Masken tragen, schränken die Wirtschaft kaum ein, nutzen aber gegen Infektionen aller Art sehr viel.

## Vorsorgehaltung im Bereich Impfstoffe und Medikamente

Wichtig ist, dass Bund und Kantone stets sicherstellen, dass die notwendigen Impfdosen zur Verfügung stehen und sofern weitere Auffrischungsimpfungen notwendig werden, die Logistik rechtzeitig bereitsteht. Auch die Beschaffung der auf dem Markt erscheinenden vielversprechenden Medikamente gegen Covid ist eine öffentliche Aufgabe, die mit hoher Priorität wahrgenommen werden muss.

## Impf-Schutz Ja – Impfwang Nein

Betreffen der Impfung sei hier nochmals auf die während der ganzen Pandemie klare Strategie der SVP hingewiesen.

Die Impfung leistet einen wesentlichen Beitrag zum Selbstschutz, insbesondere für die Risikogruppen und ist damit eine – nicht die einzige – Massnahme, die die Gesellschaft aus der Pandemie führt. Als ich in der Arend-Sendung vom 10. Dezember 2021 deswegen zur Impfung aufgerufen habe, haben das fälschlicherweise einige Medien als Kehrtwende der SVP dargestellt. Offensichtlich wollten sie die Differenzierung einer positiven Sicht auf die

pässe entstehen. Das kostet viel weniger als flächendeckende Entschädigungszahlungen aufgrund wirtschaftlicher Einschränkungen. Dass die Zahl der Intensivplätze im Verlaufe der Pandemie von 1100 Plätzen auf 850 abgebaut wurde, ist inakzeptabel. Es sei das Resultat von fehlendem Pflegepersonal, wird das Versagen begründet. Hier fehlten aber offensichtlich innovative Anreizsysteme, um die Leute zu rekrutieren oder zurückzuholen. Vor diesem Hintergrund wurde



**Die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens müssen aufgehoben werden, damit die Menschen ohne den Zwang des Covid-Zertifikats wieder frei untereinander verkehren können.**

Impfung bei gleichzeitig klarer Ablehnung eines Impfwangs, was ich in besagter Sendung ebenso unmissverständlich dargelegt habe, nicht hören oder verstehen.

## Spitalkapazitäten

Wichtig für eine erfolgreiche Ausstiegsstrategie ist auch die Aufrechterhaltung von ausreichend Intensivplätzen in den Spitälern, damit nicht bei jeder weiteren Welle Eng-

pässe entstehen. Das kostet viel weniger als flächendeckende Entschädigungszahlungen aufgrund wirtschaftlicher Einschränkungen. Dass die Zahl der Intensivplätze im Verlaufe der Pandemie von 1100 Plätzen auf 850 abgebaut wurde, ist inakzeptabel. Es sei das Resultat von fehlendem Pflegepersonal, wird das Versagen begründet. Hier fehlten aber offensichtlich innovative Anreizsysteme, um die Leute zu rekrutieren oder zurückzuholen. Vor diesem Hintergrund wurde

Wenn diese Massnahmen erfolgreich und konsequent umgesetzt werden, müssen gesellschaftliche und wirtschaftliche Einschränkungen bald Geschichte sein.

# Heute Tabak!

# Morgen Cervelat?



# NEIN

zur extremen Verbots-Initiative

## 5 gute Gründe für ein NEIN zur Werbe-Verbotsinitiative:

- ✗ Jugendschutz ist wichtig. Die Initiative ist aber völlig **unverhältnismässig und extrem**, denn sie führt zu einem Totalverbot von Tabakwerbung.
- ✗ Kommt ein totales Werbe-Verbot beim Tabak, **drohen weitere Werbeverbote: Für Fleischwaren wie Würste, Alkohol, Schoggi oder Autos**. Wollen Sie sich **so bevormunden lassen?**
- ✗ Werbeverbote schaden Wirtschaft und KMU's und **zerstören Arbeitsplätze!**
- ✗ Ohne Werbung werden **Zeitungen und Zeitschriften sowie kulturelle Veranstaltungen teurer**.
- ✗ Das Parlament hat im letzten Jahr bereits ein neues Tabakproduktegesetz beschlossen, das den Jugendschutz bei Tabakprodukten gesetzlich verankert. **Im Gegensatz zur Initiative ist das neue Gesetz ausgewogen. Die Volksinitiative ist also überflüssig!**

## Das Komitee gegen Werbe-Verbote sagt NEIN zur extremen Verbots-Initiative



**Mike Egger,**  
Nationalrat, SVP / SG



**Thomas de Courten,**  
Nationalrat, SVP / BL



**Jean-Pierre Grin,**  
Nationalrat, SVP / VD



**Gregor Rutz,**  
Nationalrat, SVP / ZH



**Esther Friedli,**  
Nationalrat, SVP / SG



**Thomas Aeschi,**  
Nationalrat, SVP / ZG

